

## Haushalt verabschiedet

SPD und Freie Wähler sanieren Gemeindefinanzen und sind gegen den Verkauf des Gemeindewaldes

In der vergangenen Gemeinderatssitzung wurde der Haushalt mit knapper Mehrheit verabschiedet und die Grundsteuererhöhung von 360% auf 540% für Grundsteuer B (Baugrundstücke) und 360% auf 510% für Grundsteuer A (Landwirtschaft) dank der Stimmen von SPD und Freien Wählern beschlossen. Durch die Erhöhung ist es der Gemeinde möglich jährlich 450.000€ Mehreinnahme zu generieren.

Mit dieser wegweisenden und mutigen Entscheidung stellte die Mehrheit des Gemeinderates die Weichen für die Zukunft unserer Großgemeinde: Der angehäuften Investitionsstau bei maroden Brücken, Straßen und gemeindlichen Gebäuden kann Stück für Stück abgearbeitet werden.

Die entstandene Mehrbelastung von 50% bei der Grundsteuer B ist für den einzelnen Bürger auf den Monat gerechnet mit durchschnittlich 10€ überschaubar und wird auf alle Schultern – vom Eigentümer bis zum Mieter – solidarisch verteilt.

Einzig und alleine stemmte sich die gesamte CSU Fraktion gegen den Haushalt und die Grundsteuererhöhung. Für viele war dieses unverantwortliche Verhalten nicht nachvollziehbar, sagte doch noch am Sonntag der Vorsitzende des CSU LKA Schonungen, Georg Brückner, bei einer Veranstaltung mit Innenstaatssekretär Eck in Abersfeld „dass man das Beste für die Bürger wolle, (...) jetzt aber einfach bei den Fakten und der Wahrheit bleiben muss, und dazu gehört, dass unsere Finanzen momentan eher mau sind.“

Ein für die CSU gangbarer Kompromiss, die Grundsteuer lediglich auf 420% zu erhöhen und dafür 200 Hektar Gemeindewald zu verkaufen, wurde abgelehnt. „Dieser Vorschlag ist nur Augenwischerei“ sagt Markus Hümpfer (SPD). „Jedem Gemeinderat ist klar, dass die diesjährige, relativ gute, finanzielle Situation nur eine Momentaufnahme darstellt. Schon nächstes Jahr sind neue Kreditaufnahmen in Millionenhöhe notwendig!“

Der Verkauf von Teilen des nachhaltig bewirtschafteten Gemeindewaldes, der noch dazu seit Jahren Gewinn abwirft, kommt einem Ausverkauf unserer Gemeinde gleich und ist in Anbetracht des Investitionsstaus und unserer Schuldenlast nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Gefahr, dass der Wald dann scheinbarweise für die Tilgung unserer Schulden und die Erfüllung der gemeindlichen Pflichtaufgaben erhalten muss ist einfach zu groß. Weiter hängen an unserem Gemeindewald Arbeitsplätze, die bei einem Verkauf auf dem Spiel stehen würden.

Letztlich würde die CSU die Schulden wieder nur auf künftige Generationen verschieben anstatt endlich etwas an der prekären Finanzsituation unserer Großgemeinde zu ändern.

Weder die SPD Fraktion noch die Fraktion der Freien Wähler wollten in Zukunft eine weitere Grundsteuererhöhung. Deshalb einigte man sich auf den Vorschlag der Freien Wähler, die Grundsteuer in einem einzigen Schritt auf 540% (B) und 510% (A) anzuheben und den Bürgerinnen und Bürgern nicht, wie dies die CSU Fraktion vorschlug, eine jährliche Prüfung einer erneuten Anhebung zuzumuten.